

Erklärung von Stadtvorstand und Stadtratsfraktion DIE LINKE. Suhl zur Stadtratssitzung am 15.7.

## Traurig und enttäuschend

Insgesamt war es im Stadtrat Suhl ein trauriger und enttäuschender Akt, als der Entschließungsantrag „Stadt Suhl für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“, wie er von drei Fraktionen eingereicht wurde, keine Mehrheit bekam. Damit einher ging eine Verharmlosung von Rechts-Extremismus und Rassismus durch die CDU, von der AfD war nichts anderes zu erwarten. Allerdings war das nicht unbedingt neu, denn beginnend bei den Suhler CDU-Oberbürgermeistern von gestern und heute ging und geht es dieser Fraktion um die Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus.

Warum das inhaltlich falsch ist, wird von der Wissenschaft und den Landeszentralen für politische Bildung gebetsmühlenartig erläutert. Die Unterschiede zwischen Rechts- und Linksextremismus sind größer und wiegen schwerer als ihre Gemeinsamkeiten, etwa in Bezug auf Verfassungsfeindlichkeit, Gewalt oder Antisemitismus. Im rechten Bereich ist die überwiegende Anzahl an Delikten rassistisch motiviert, oft richtet sie sich gegen Migranten. Das zeigen die NSU-Morde und unzähligen Anschläge, das zeigen der antisemitische schändliche Überfall in Halle und auch der Mord an Walter Lübcke, Regierungspräsident aus Hessen. Er war ein CDU-Politiker, der am universellen Menschenrecht - der Gleichheit von Menschen - mutig festgehalten hat und dafür getötet wurde. Hinzu kommen zahlreiche rechtsextreme Netzwerke, die bis in Polizei und Bundeswehr reichen und oft europaweit organisiert sind, und Hassmails und Drohungen gegen Politiker, Journalisten und Künstler. Am linksextremen Rand sehen wir vor allem Konfrontationsgewalt - gegen die rechte Szene oder gegen Polizisten. Da geht es meistens darum, die staatliche Grundordnung zu diskreditieren, die zu oft rechtsextreme Aktivitäten beschützt. Das macht es nicht besser, aber keineswegs vergleichbar. Ein Blick in den Verfassungs-

schutzbericht, der erst kürzlich vorgestellt wurde, zeigt das, beispielsweise beim Themenfeld Hasskriminalität: Mehr als 7000 sind auf der rechten Seite zu verzeichnen, nicht einmal 100 links. Antisemitische Straftaten kamen mehr als 1600 von rechts und 14 von links.

Wir als Suhler LINKE wollen keine Verharmlosung von Gewalt, egal ob rechts, links oder religiös geprägt! Deshalb standen im gemeinsamen Antrag von Linke, Freie Wähler - Bündnis 90/Die Grünen und SPD, der zur Abstimmung im Stadtrat vorlag, auch die Sätze: „Wir unterstützen das Bündnis für Demokratie, Toleranz und gegen Rechtsextremismus in Suhl, in dem verschiedene Parteien, Institutionen, Kirchen und Einzelpersonen zusammen arbeiten. Wir unterstützen auch andere Initiativen, die Extremismus, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bekämpfen und einer Radikalisierung in der Stadt entgegen treten.“

Dr. Uske von der CDU stellte dann den Antrag, den Satz zum Bündnis herauszustreichen. Das war ein an Ignoranz nicht zu überbietender Vorschlag, zumal Bündnisvertreter gemeinsam mit jungen Leuten von „Fridays for future“ vor der Stadtratssitzung für die Annahme des Antrages demonstriert und geworben haben, vor dem CCS und auch drinnen im Saal.

Allerdings hat das den Stadtrat in Gänze nicht dazu gebracht, den vorliegenden Antrag „Stadt Suhl für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ anzunehmen. Der Antrag der CDU auf Streichung des o.g. Satzes hat, für

uns unverständlich, eine Mehrheit gefunden (bei Anwesenheit von 17 Stadträten, die den gemeinsamen Antrag von Freie Wähler - Bündnis 90/Die Grünen(8), Linke(6) u. SPD (3) eingebracht hatten, zu 13 Stadträten von CDU und AfD). Ob Fehler bei der technischen Abstimmung oder tatsächlicher Wille dem zu Grunde lagen, kann leider nicht nachgewiesen werden. Eine geforderte nochmalige Abstimmung wurde jedenfalls verwehrt. Da blieb letztlich nur die Überweisung in den Hauptausschuss, um den Antrag nicht völlig zu versenken und dort demnächst weiter zu beraten.

Zusammenfassend sei der Politikwissenschaftler und Extremismusforscher Hajo Funke von der Freien Universität Berlin bezüglich der Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus zitiert: Ein Festhalten an der Theorie mache politisches Arbeiten unmöglich und spiele letztendlich den Rechten in die Hände. „Man kann doch nicht die Exekutive blockieren, weil man sich den Kopf vernagelt durch eine solche unzeitgemäße, dogmatische Annahme[...]. Wir müssen uns fragen: Was sind die Bedingungen zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaat? Wie gelingt es, als Parlament entscheidungs- und handlungsfähig zu werden? Kennzeichen der Demokratie ist, Mehrheiten zu bilden, glaubwürdige Politik zu machen und sich öffentlich und in Wahlen zu verantworten. Als Antwort auf die Idee dieses Dogmatismus sage ich: Demokratie und Rechtsstaat.“ Funke plädiert dafür, das Blockdenken aufzugeben und stattdessen zu einem pragmatischen Umgang miteinander zu kommen (Quelle: <https://www.n-tv.de/politik/Extremismus-links-ist-nicht-gleich-rechts-article21584203.html>).

Fortsetzung auf Seite 2



Das Bündnis warb vor der Stadtratssitzung für die Resolution „Stadt Suhl für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ Foto: I. Burandt

## Fortsetzung von Seite 1: **Traurig und enttäuschend**

Wir werden als Fraktion DIE LINKE. nicht nachlassen, Fakten anzuerkennen und uns gegen jegliche rassistische und menschenverachtende Ideologie und Gewalt zu positionieren. Wir unterstützen das Bündnis für Demokratie, To-

leranz und gegen Rechtsextremismus und bedanken uns für das Engagement der dort tätigen Menschen.

-INA LEUKEFELD-  
IM NAMEN VON FRAKTION UND  
VORSTAND DIE LINKE. SUHL

## Zur 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes

Der Stadtrat der Stadt Suhl hat in seiner Sitzung am 15.07.2020 die 6. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes mit den Stimmen unserer Fraktion beschlossen. Diese Beschlussfassung ist Voraussetzung dafür, dass die Stadt Suhl eine Chance auf Bedarfszuweisung vom Land hat.

Die Vorlage zeigt, dass das ursprünglich geplante Konsolidierungsvolumen nicht nur erreicht, sondern sogar überboten wurde. Trotzdem wird deutlich, was seit dem Gutachten von Rödel & Partner bereits klar war: Das eigene Konsolidierungspotential reicht nicht aus, die dauerhafte Leistungsfähigkeit aus eigener Kraft zu erreichen, auch nicht bei Aufgabe der Kreisfreiheit. An der Ausstattung der Kommunen seitens des Landes muss sich etwas ändern. Gegenüber dem Vorjahr ist der Finanzbedarf der Stadt sogar wieder auf rund 10 Millionen Euro angewachsen. Dabei sind die Auswirkungen der Coronakrise noch nicht berücksichtigt.

Als Fraktion sehen wir aber trotzdem die Entwicklung der Ausgaben in vielen Fragen kritisch. Besonders kritisch sehen wir die für 2021 beschlossene Senkung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer um 19 Punkte. Damit verzichten wir ohne Not auf eine größere 6-stellige Einnahmesumme. Dabei muss man verstehen, dass die Gewerbesteuer eine Gewinnsteuer ist, die nur fällig wird, wenn ein Unternehmen einen Gewerbeertrag, also einen Gewinn

erwirtschaftet. Für Personengesellschaften wird die Gewerbesteuer mit der Einkommenssteuer verrechnet. Das hat zur Folge, dass bis zu einer bestimmten Höhe die Senkung der Gewerbesteuer zur Erhöhung der Einkommenssteuer führen kann. Die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes um 19 Punkte bedeutet konkret, dass bei 1.000 EURO Gewerbe-gewinn die Gewerbesteuer von rund 148 Euro auf 141 Euro sinkt, also ca. 7 Euro.

Man kann sicher unterschiedlicher Meinung sein, ob die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes (für ein Jahr!) als positives Zeichen durch die Unternehmer wahrgenommen wird. Als Stadt verlassen wir aber damit unseren ursprünglichen Beschluss im Haushaltssicherungskonzept und schmälern unsere Einnahmen um rund eine halbe Million Euro. Die Gewerbesteuer ist die wichtigste „Gemeindesteuer“, immerhin liegen bei den Steuereinnahmen der Stadt Suhl die aus der Gewerbesteuer an 2. Stelle hinter dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und vor der Grundsteuer (A+B) und dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer. Mit der Senkung laufen wir zudem Gefahr, dass das Land zumindest die Bedarfszuweisung um die Summe kürzt, auf die wir durch die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes verzichten.

Und noch ein anderer Aspekt sei genannt: Einerseits senken wir den Gewerbesteuerhebesatz, andererseits haben wir nicht den Mut, die geplanten 40 bis 50 T EURO an Kultur- und Sportvereine auszuzahlen. Diese Summe steht sicher auch 2021 wieder unter Haushaltsvorbehalten.

Es gibt sicher die unterschiedlichsten Beweggründe, warum man für oder gegen etwas ist, mir geht es aber um die Verhältnismäßigkeit – wir verzichten ohne Not auf eine halbe Million und verweigern die Unterstützung von Kultur- und Sportvereinen in Höhe von maximal 50 T EURO.

-REINER MIERSCH-

## Nichts gelernt?

*Die Resolution „Stadt Suhl für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ hätte der Stadtrat Suhl am 15. Juli vorbehaltlos annehmen müssen, wenn sich alle Stadträtinnen und Stadträte ihrer Verantwortung für die Verteidigung der Demokratie bei der Abstimmung bewusst gewesen wären. Dass die größte Gefahr für den Fortbestand unserer Demokratie vom Rechtsextremismus ausgeht, ist unter den im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien unbestritten. Wer das – nach den Morden an Walter Lübcke (CDU) und von Hanau und Halle – ignoriert, handelt nicht in Verantwortung für die Stärkung der Demokratie.*

*Das Suhler Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus tritt seit Jahren konsequent auch gegen in unserer Stadt vorhandene rechtsextremistische Strömungen auf. Deshalb gebührt ihm die volle Unterstützung durch alle Demokraten und die Kommune. Die CDU-Stadtratsfraktion wollte das Bündnis aber aus der Resolution herausstreichen lassen, ein Begehren, das fassungslos macht. Dass in dem eingebrachten Text, der im Wortlaut einer Empfehlung des Deutschen Städtetages folgt, die Bekämpfung von „Extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus“ gefordert wird, also das, was das Suhler Bündnis seit Jahren macht, fiel einigen CDU-Stadträten offenbar nicht auf. Passt ihnen vielleicht nicht nur die Schwerpunktsetzung auf die Zurückdrängung des Rechtsextremismus im Namen des Bündnisses nicht, sondern die Richtung? Offensichtlich wurde aus dem weltweit angeprangerten Tabubruch, als im Thüringer Landtag die CDU gemeinsam mit FDP und AfD einen „bürgerlichen“ Ministerpräsidenten wählte, von einigen in der Suhler CDU nichts gelernt. Ihr Verhalten im Stadtrat am 15. Juli kann, nachdem sie für ihren Landtagswahlkampf Unterstützung vom rechten Rand der Union gesucht hatten und Jubelrufe aus ihren Reihen nach der Wahl Kemmerichs kamen, nicht verwundern. Wie viel Zeit brauchen sie noch, um zu erkennen, dass vom Rechtsextremismus die Hauptgefahr für unsere Demokratie ausgeht? -EBE-*

**Suhler ANDERE Zeitung.** Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag | **Preis:** eine Spende | **Herausgeber:** DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl | **Tel./Fax:** 03681/308158 | [www.die-linke-suhl.de](http://www.die-linke-suhl.de)  
**e-Mail:** [rgheschaefststelle@die-linke-suhl.de](mailto:rgheschaefststelle@die-linke-suhl.de) | **IBAN** DE59 8405 0000 1705 0071 51 | **BIC** HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl  
**V.i.S.P.:** Eckhard Griebel, Beerbergstr. 5 • 98528 Suhl | Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen | **Redaktionsschluss** unserer September-Ausgabe 2020 ist am 21.08.2020

Die 2. Tagung des 7. Landesparteitages findet am 19. September in Sömmerda statt. Im Folgenden Auszüge aus dem Leitantrag A des Landesvorstandes. Änderungsanträge zu Anträgen sind spätestens eine Woche vor dem Parteitag an die Antragskommission schriftlich einzureichen.

## Thüringen: Es ist nicht egal, wer regiert!

Zwei Fragen drängen sich in der gegenwärtigen Lage nahezu notwendigerweise auf: Wer zahlt für die Krise und wer profitiert von den Hilfen? Um diese beiden Fragen im Sinne der Mehrheit der Bevölkerung zu beantworten, bedarf es eines linken Korrektivs, um zu verhindern, dass abermals diejenigen zur Bewältigung der Krisenkosten herangezogen werden, die jetzt schon besonders unter ihren Folgen leiden und bei den Hilfen leer ausgehen.

Deshalb braucht es ein breites gesellschaftliches Bündnis, das aus der gegenwärtigen Krise eine echte Alternative entwickelt, die aus der Kapitalverwertungslogik ausbricht und an ihre Stelle eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, europäische und globale Solidarität, Gesundheitsschutz, Klima- und Umweltschutz, eine umweltverträgliche Land- und Nahrungsmittelwirtschaft, Frieden, Menschenrechte und Demokratie setzt.

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass es einen Unterschied macht, wer regiert. Wessen Interessen stehen im Mittelpunkt der Politik? Wie wird das Spannungsverhältnis zwischen Freiheitsrechten und in der Pandemie notwendigen Eingriffen des Staats verantwortungsvoll permanent neu ausgehandelt? Was sich seit 2014 Tag für Tag im Handeln der rot-rot-grünen Landesregierung zeigt, wird in der Krise umso wichtiger. Solidarisch oder ungerecht? Politik für alle oder für die Wenigen? Freiheit oder Angst?

Deshalb geht es für uns darum, die gesellschaftliche Mehrheit, die Rot-Rot-Grün unter den Thüringerinnen und Thüringern hat, bald wieder in die parlamentarische Mehrheit zu transformieren, um solidarisch und progressiv gestalten zu können.

Unser Versprechen gilt: Wir machen's gerecht! Im Landtagswahlkampf 2019 haben wir fünf zentrale Ziele für ein solidarisches Miteinander in Thüringen genannt. Sie gelten nach wie vor. Denn wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der Solidarität statt Ausgrenzung und soziale Sicherheit statt sozialer Spaltung herrscht. Die Corona-Pandemie zeigt, wie wichtig es ist, diese Ziele gerade in Krisenzeiten besonders nachdrücklich zu verfolgen.

1) Jedes Kind soll an jedem Ort in

Thüringen die gleichen guten Bedingungen in der Schule vorfinden. Durch die zunehmende Digitalisierung des Unterrichts dürfen die Sachmittelunterschiede zwischen den Schulen und den einzelnen Schülerinnen und Schülern nicht weiter wachsen, sondern alle müssen auf das bestmögliche Niveau angehoben werden.

2) Auch in Krisenzeiten muss das gesellschaftliche Leben sozial gerecht und abgesichert stattfinden: Jedem Menschen muss unabhängig von Alter, Einkommen, Geschlecht oder Herkunft sichere Teilhabe garantiert werden können, an Arbeit, Kultur, Betreuung, Mobilität und Bildung.

3) Unter Corona-Bedingungen Eltern-Sein und Beruf unter einen Hut zu bringen, fällt vielen schwer. Unsere Familienpolitik hat dafür Sorge zu tragen, dass Familien, gleich welcher Form und Größe, umfassend die Unterstützung erfahren, die sie benötigen. Die Opfer häuslicher Gewalt gilt es besonders zu schützen. Die Beratungs- und Schutzangebote für Kinder, Frauen und Familien müssen diesen besonderen Bedingungen Sorge tragen können.

4) Die Corona-Pandemie verstärkt die andauernde strukturelle Benachteiligung und Mehrbelastung von Frauen, besonders in den Bereichen der prekären Beschäftigungsverhältnisse und der Kinderbetreuung. Unser politisches Ziel muss es sein, die Gleichstellung der Frauen gerade auch in Krisenzeiten konsequent durchzusetzen und gesellschaftlich zu leben.

5) Die Corona-Pandemie hat die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet. Während sich die finanzielle Schiefelage zuspitzt und die Ärmsten am stärksten unter der Krise leiden, unterstützen und schützen die von der Bundesregierung verabschiedeten Maßnahmen vorrangig Großkon-

## Kein Wort zum Kern der Sache

Der Autor des Kommentars in „Freies Wort“ vom 20.07.2020 prangerte das ach so schlimme Verhalten des MP im Thüringer Landtag drei Tage zuvor an. Von dem, was der Gesetze und dem Zuruf Bodo Ramelows voraus ging, steht nichts in dem Kommentar. In der Debatte um die Aufbewahrung und Offenhaltung der Dokumente des NSU-Untersuchungsausschusses – darin geht es um 10 Morde und weitere schwerste Verbrechen und um die weitere Aufklärung – hatte ein AfD-Mann nicht eine „gelungene“, sondern eine nicht hinnehmbare Provokation gestartet, die die Grenzen des politischen und menschlichen Anstandes überschritten hatte. Diese möglicherweise geplante Provokation prangerte der wackere Fechter für Anstand und Sitte nicht nur nicht an, statt dessen verurteilte er die Reaktion Bodo Ramelows auf die Provokation und teilte auch noch gegen die Fraktionsvorsitzende wegen des Blumenwurfs aus. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

–EBE–

zerne und Vermögende. Diese Prioritätensetzung muss sich endlich ändern!

6) Stabile Demokratie und Menschenwürde dürfen kein Alleinstellungsmerkmal gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Hochphasen sein. Die persönliche Unversehrtheit und der Schutz der Menschenwürde sind Grundrechte, die für alle Menschen an jedem Ort in Thüringen und zu jeder Zeit gelten müssen.

**Linksfraktion kompakt:**

**Ausbau der Staatsziele  
in der Landesverfassung**

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Thüringer Landtag

**#wirmachensgerecht**

Foto: @hannahbusing/unsplash.com



*Es ist geschafft. Voller Stolz hält Ayla ihr Abschlusszeugnis der 10. Klasse in der Hand. Gestartet in der 7. Klasse – damals noch ohne Deutschkenntnisse! – hat sie nun das Wissen erworben, um ins Gymnasium zu wechseln. Herzliche Glückwünsche überbrachten Bärbel Schübel und Karin Hornschuch im Namen unseres Landtagsabgeordneten Philipp Weltzien und des Teams Sport und Spiel für Flüchtlingskinder. Wer Ayla gerne kennenlernen möchte, ist herzlichst zum Erzählcafé am **20. August in die Kulturbaustelle** eingeladen. Sie wird dort über ihre Heimat Afghanistan erzählen, über ihre Flucht und ihr Leben in Deutschland, über ihre Träume und Wünsche für die Zukunft. Übrigens, ihr Kleid hat sie selbst genäht.*

*Foto: Privat*

## Parität muss kommen!

„Trotz des Gesetzentwurfs der FDP zur Abschaffung der Parität, den die Fraktion soeben im Landtag für erledigt erklärt hat, und des Urteils des Thüringer Verfassungsgerichtshofs bleibt es dabei: Parität muss kommen! Sie ist ein wirksamer Baustein für mehr tatsächliche Gleichstellung von Frauen in der Politik, die notwendige Parität der Geschlechter im Landtag und anderen politischen Gremien. Das Urteil des Verfassungsgerichts (VerfGH) – gefällt mit 6 zu 3 Stimmen und geteilt in eine Mehrheitsentscheidung und zwei Sondervoten – zeigt: Die gesellschaftspolitische und rechtspolitische Diskussion um Parität und Paritätsgesetze ist in vollem Gange. Wir müssen konsequent für gesellschaftliche Mehrheiten arbeiten – auch mit Blick auf die Verfassungsgerichte und ihre Entscheidungen“, so Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, und Anja Müller, Sprecherin für Demokratie und Verfassung. (mehr dazu: <https://www.die-linke-thl.de/nc/presse/pressemitteilungen/detail/news/paritaet-muss-kommen/>)

Das Sondervotum der Mitglieder des Thüringer Verfassungsgerichtshofes Licht und Petermann zur Entscheidung vom 15. Juli 2020 – VerfGH 2/20 findet man unter [http://www.thverfgh.thueringen.de/webthfj/webthfj.nsf/8104B54FE2DCDADC12585A600366BF3/\\$File/20-00002-U-A.pdf?OpenElement](http://www.thverfgh.thueringen.de/webthfj/webthfj.nsf/8104B54FE2DCDADC12585A600366BF3/$File/20-00002-U-A.pdf?OpenElement) (ab Seite 52)

## Post an Hauptausschuss

Im Namen der Mitglieder der BO Nordost bekunden Anneliese Weisleder und Sonja Reinhardt in einem Brief an den Hauptausschuss des Stadtrates: Die Initiative der Fraktionen von Freie Wähler – Bündnis 90/Die Grünen, LINKE und SPD zum Bekenntnis der Stadt für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit ist angesichts des Rechtsrucks in unserem Land dringlich. Sie fordern deshalb, dafür Sorge zu tragen, dass der Stadtrat mit einem JA dem Ansehen von Suhl – auch als Stadt des Friedens – gerecht wird.

27.08.2020, 19.00 Uhr,

Kulturbaustelle

### „Linke Herausforderungen in Zeiten des Umbruchs: Was tun?“

Klimakrise, Kapitalismus, CORONA, Rechtsruck: Über progressive Alternativen und notwendige Hoffnung. Politik ist in der Krise und scheint nicht mehr handlungsfähig zu sein. Menschen zweifeln, ob angesichts der komplexen globalen Herausforderungen und des weltweiten Rechtsrucks eine gute Zukunft für heutige und künftige Generationen möglich ist. An Appellen, die Demokratie zu schützen, fehlt es nicht. Aber Begründungen bleiben seltsam vage und Politik ist wenig überzeugend. Viele Menschen empfinden sich nicht als selbstbestimmt und frei. Was muss getan werden, um Zuversicht,

Vertrauen in die eigene Kraft und aktives Handeln für Demokratie, Internationalismus, Klimaschutz und Solidarität zu stärken? Über solche strategischen Fragen und die Suche nach linken Antworten wollen wir mit dem Journalisten und Publizisten Tom Strohschneider diskutieren.

## Die Buchempfehlung

**Manfred Weißbecker: Noch einmal über die Bücher gehen Texte aus einem geteilten Historikerleben**

PapyRossa Verlag, Paperback, 468 Seiten, ISBN 978-3-89438-723-5, 32,00 EURO

Zwischen Manfred Weißbeckers Anstellung am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena und der rigiden »Abwicklung« der DDR-Geschichtswissenschaft lagen drei Jahrzehnte umfangreicher Lehr- und Forschungsarbeit des Autors. Letztere betraf vor allem die Geschichte bürgerlicher und kleinbürgerlicher deutscher Parteien und Verbände, der Weimarer Republik und des Faschismus. In diesen dreißig und in den dreißig darauf folgenden Jahren entstanden neben dem vierbändigen Lexikon zur »Parteiengeschichte 1789 bis 1945« und anderen, oft gemeinschaftlich verfassten Büchern (unter anderem zur Geschichte der NSDAP und zu Hitler) auch zahlreiche kleinere Publikationen und Vortragstexte. Letztere erschienen oft verstreut an dezentralen Orten, in diversen Sammelbänden, Konferenzprotokollen, Zeitschriften. Für den vorliegenden Band wurden 30 Beiträge ausgewählt – nicht zuletzt wegen ihrer Aktualität im heutigen Ringen gegen die bedrohliche Rechtsentwicklung und für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. (Cover-Text)

## Termine August 2020

- Di 04.08. 19.00 Uhr DEFA-Filmklassiker in der Kulturbaustelle „Der nackte Mann auf dem Sportplatz“, DDR 1974, RE: Konrad Wolf, DB: Konrad Wolf, Wolfgang Kohlhaase, KA: Werner Bergmann, DA: Kurt Böwe, Ursula Karusseit, Martin Trettau, Elsa Grube-Deister, Marga Legal, Ute Lubosch, Vera Oelschlegel, Katharina Thalbach, Ursula Werner, Erika Pelikowsky u.a.; 101 min, FSK 6
- Do 20.08. 15.00 Uhr Erzählcafé, Kulturbaustelle
- Do 27.08. 19.00 Uhr Gesprächsforum alternativ mit Tom Strohschneider, Kulturbaustelle